

Diskurs

Diskussionsforum und Newsletter

Herausgegeben von Ulrike Trebesius und Jörn Kruse

Ausgabe D3	15. Januar 2021
-------------------	------------------------

Inhalt

D3-1	Auf den Schutz der Alten kommt es an! (Dr. med. Axel Mazurka)	2
D3-2	Fürchtet Euch nicht! (Ulrike Trebesius)	3
D3-3	Deus ex machina in der Europäischen Währungsunion (Joachim Starbatty)	5
D3-4	Kreditfinanzierter EU-Wiederaufbaufonds - Deutschland garantiert für 770 Mrd. Euro (Dirk Meyer)	8
D3-5	Zombies in Corona-Zeiten? Wie Nullzins, Corona-Hilfen und aufgeschobene Insolvenzen die Wirtschaft auszehren (Dirk Meyer)	10
D3-6	Globalisierung und Wettbewerbsfreiheit versus Solidarität und Solidität. Ist die Soziale Marktwirtschaft überfordert? (Joachim Starbatty)	11
D3-7	Die Selbstverzweigung der FDP durch Christian Lindner. Schlechte Vorzeichen für September 2021 (Jörn Kruse)	17
D3-8	Diskussion in eigener Sache: Was ist der Rundbrief und was soll er erreichen? (Detlef Ehlebracht)	20

Jeder kann „Diskurs“ weiterleiten. Das ist erwünscht. Jeder kann sich auf den Email-Verteiler für die künftigen Ausgaben setzen lassen (**diskurshamburg@gmail.com**).

Wenn Sie sich in der Diskussion auf einen bestimmten Artikel beziehen, wäre es hilfreich, wenn Sie dessen Publikationsnummer (also z.B. D3-4) angeben würden.

D3-1

Auf den Schutz der Alten kommt es an!

Dr. med. Axel Mazurka

Das [7. Thesenpapier](#)

Im Laufe der Pandemie haben sich immer wieder lautstark Kritiker der Bundesregierung zu Wort gemeldet, oft auf YouTube oder bei Telegram. Auch wenn es mich als Arzt erheblich Nerven gekostet hat, habe ich immer versucht, auch diese Quellen zu sichten. Grund war u.a. dass immer wieder Freunde fragten, ob nicht doch etwas an diesen Thesen dran sei. Ergebnis: Fast alles war mehr oder weniger gut kaschierter Unfug von Menschen, bei denen Sendungsbewusstsein und Fachkompetenz in einem unguten Verhältnis stehen.

Zu den Ausnahmen, d.h. ernst zunehmender Kritik, zählten von Anfang an die Papiere der hochkarätigen Autorengruppe um den Kölner Professor Matthias Schrappe.¹ Schrappe ist einer der Vorreiter des Qualitätsmanagements im deutschen Gesundheitswesen. Evidence basierte Medizin und Patientensicherheit waren immer zentrale Themen für ihn. Er ist nicht irgendwer.

Das Besondere an dieser Gruppe ist, dass die Autoren seit Jahren in verschiedenen Funktionen auch die Bundesregierung beraten haben. Dass ihr Wort also Gewicht hat. Eigentlich. Umso mehr erstaunt, dass die hervorragenden inzwischen sieben Thesenpapiere von der Bundesregierung großzügig ignoriert worden sind. Wobei Ignorieren das falsche Wort ist. Einer der Autoren bekam unmittelbar nach dem ersten Thesenpapier aus dem Bundeskanzleramt einen Anruf mit dem Hinweis, dieses Papier käme zu Unzeit. Man will sich also offenbar ganz bewusst nicht der inhaltlichen Auseinandersetzung stellen. Warum eigentlich nicht?

So erstaunt es wenig, dass ein Kapitel des 7. Thesenpapiers überschrieben ist mit „Wege zur Wiederherstellung des öffentlichen Diskurses“. Beklagt wird, und das aus meiner Sicht völlig zu Recht, „eine bedenkliche Verengung des öffentlichen Diskurses“. Und auch wenn das 7. Thesenpapier natürlich wieder konkrete praktische Hinweise zur Verbesserung des Pandemie-Managements gibt, so ist die Kritik daran, wie der öffentliche Diskurs geführt oder eben gerade nicht geführt wird, womöglich der Verweis auf die größte Unterlassung dieser Bundesregierung. Genau diese Unfähigkeit zum Diskurs hat Menschen wie Wodarg, Schiffmann und Bhakdi, deren Thesen leicht zu widerlegen sind, erst im Netz groß werden lassen. Politik mit dem Rohrstock nennt das Agieren der Bundesregierung mein Freund Ellis Huber, ehemaliger Präsident der Ärztekammer Berlin und Vorsitzender des Bundesverbandes deutscher Präventologen. Auch er übrigens Autor lesenswerter Papiere zur Pandemie.

Es gibt vieles, das am Handeln der Politik in der Pandemie zu kritisieren wäre. Das aktuelle Papier von Schrappe et al. fokussiert auf die anlaufenden Impfungen inklusive Impfkampagne. Weiterer Schwerpunkt ist der Schutz der älteren Menschen, die durch diese Pandemie ganz besonders gefährdet sind und für deren Schutz aus Sicht der Autoren bislang nicht genug getan worden ist. Dazu ein paar Zahlen: Bei den über 90-jährigen lag die Sterblichkeit an COVID-19 zum Jahresende bei 17 %, zwischen 80 und 89 Jahren lag sie bei 13 %, während von den unter 40-jährigen nur zwischen 0,002 und 0,09 %, die infiziert waren, an diesem Virus verstarben.

¹ Schrappe, M., François-Kettner, H., Gruhl, M., Hart, D., Knieps, F., Manow, P., Pfaff, H., Püschel, K., Glaeske, G.: [Die Pandemie durch SARS-CoV-2/CoVId-19 \(Thesenpapier 7\): Sorgfältige Integration der Impfung in eine umfassende Präventionsstrategie, Impfkampagne resilient gestalten und wissenschaftlich begleiten, Aufklärung und Selbstbestimmung beachten](#). Köln, Berlin, Bremen, Hamburg,

Brachial haben Bundes- und Landesregierungen in den Alltag eines jeden von uns eingegriffen. Bei manchen bis zur Vernichtung ihrer beruflichen Existenz. Hat dies den älteren Mitbürgern genutzt, hat es sie geschützt? Die Autoren kommen zu einem vernichtenden Ergebnis: „Die Lockdown-Politik ist gerade für die vulnerablen Gruppen wirkungslos. Die vorübergehende Abflachung der Meldezahlen vor Weihnachten war in allen Altersgruppen zu beobachten, nur nicht in den höheren Altersgruppen über 85 Jahre. Es besteht die paradoxe Situation, dass eine mit hohen gesellschaftlichen Kosten verbundene Lockdown-Politik durchgesetzt wird, ohne andere Optionen in Betracht zu ziehen und über einen dringend notwendigen Strategiewechsel überhaupt nachzudenken.“ Darüber muss geredet werden.

Unverändert sind Pflegeheime Orte, in denen die meisten Menschen an COVID-19 sterben. Von den mittlerweile fast 40.000 COVID-19-Toten allein in Deutschland lebten fast ein Drittel zuvor im Pflegeheim. Dabei hatte die Politik monatelang Zeit, in diesen Einrichtungen entsprechende Schutzvorkehrungen zu treffen. Neben hier ganz besonders strikt einzuhaltenden Abstandsregelungen und dem Tragen von FFP2-Masken gehören hierzu das Testen aller Besucher, Beschäftigten und Bewohner. Ein möglichst schnelles Durchimpfen von Bewohnern und Beschäftigten in Pflegeeinrichtungen gehört jetzt ebenfalls dazu.

Schrappe et al. schreiben: „Gerade die erste Phase der Impfkampagne, nämlich die anspruchsvolle Organisation der Impfung von Hochaltrigen, wird prägend für den weiteren Verlauf der Kampagne sein.“ Laufen diese Impfungen gut an? Der Ablauf ist regional sehr unterschiedlich und längst nicht immer optimal. Und es gibt zu wenig Impfstoff.

Eigentlich selbstverständlich ist die zusätzliche Forderung der Autoren nach einer die Impfungen begleitenden Forschung. Dies nicht nur aus wissenschaftlichen Gründen sondern auch, um Vorbehalte in der Bevölkerung gegenüber der Impfung mit Sachargumenten ausräumen zu können. Man muss aber wohl leider kein Prophet sein um abzusehen, dass auch dieser wichtige Punkt seitens der Bundesregierung nicht stringent verfolgt werden wird. So bleibt in dieser Pandemie vor allem die Hoffnung, dass auf Landesebene gut gearbeitet wird. Schleswig-Holstein macht – und daran ist u.a. der MDK Nord aktiv beteiligt – keine so schlechte Figur. Immerhin.

D3-2

Fürchtet Euch nicht!

Ulrike Trebesius

Seit knapp einem Jahr wird das gesellschaftliche und politische Leben von Corona beherrscht. Die deutschen Medien und hier wiederum insbesondere die öffentlich – rechtlichen Sendeanstalten, verbreiten hauptsächlich Angst und Schrecken ohne die veröffentlichte Zahlen der Infizierten in Relation zu setzen oder alternative Möglichkeiten der Virusbekämpfung zu diskutieren.

Die Universität Passau macht in einer Studie darauf aufmerksam, dass es über die Monate März bis Juni 2020, wo Ihre Forschungsarbeit zum Abschluß kam, bei ARD und ZDF 134 Sonder-sendungen zum Thema Corona gab. Von 106 Talkshows befassten sich 66 ausschließlich mit diesem Thema, wobei der Apokalyptiker Karl Lauterbach deutlich häufiger zu Gast war als der Hof – Virologe Professor Christian Drosten.

Gleichzeitig werden die vielfältigen Kollateralschäden, die durch die politischen Maßnahmen im Kampf gegen das Virus veranlasst werden, oft nicht ausreichend diskutiert oder auf ihre Verhältnismäßigkeit geprüft.

So gibt es auch mehrere Monate nach dem ersten Lockdown noch keine fundierten Studien, inwieweit Kinder und damit Kitas und Schulen, zum Infektionsgeschehen beitragen. Trotzdem werden die Bildungseinrichtungen erneut und immer wieder geschlossen. Dabei stellt der online – Unterricht die Eltern und Kinder vor große Herausforderungen. Inwieweit die Entwicklung von Kindern langfristig gestört wird, die wochenlang mehr oder minder isoliert zu Hause unterrichtet werden, ist zumindest der Politik gleichgültig. Neben der Vermittlung von Wissen lernen die Kinder in den Schulen auch angemessenes Sozialverhalten in Gruppen, sie lernen den Umgang mit Konflikten und im besten Falle auch Sekundär-Tugenden wie Pünktlichkeit, Fleiss und Disziplin. Welche Auswirkungen hat der Lockdown also auf die nachfolgenden Generationen, die an verschneiten Wintertagen nicht mal mit den Eltern zum Rodeln in den Harz fahren dürfen? Kinder, die seit Monaten kein Kino oder keinen Sportclub mehr von innen gesehen haben. Wo lernen Sie Instrumente spielen, Schach oder Handball? Und interessiert dies irgend jemanden?

An den Universitäten sieht es nicht viel besser aus. Die knapp 40.000 Hamburger Studenten werden ebenso wie die Professoren seit Monaten mehr oder minder sich selbst überlassen. Welche Qualität werden also die Abschlüsse der Studenten in den nächsten Jahren auf dem Arbeitsmarkt haben, wenn mehrere Semester mehr oder minder im Selbststudium erfolgt sind. Was bedeutet es für die jungen Studenten finanziell, wenn ihre Jobs wegfallen? Welcher intellektuelle Austausch findet statt, der für ein Studium unablässig ist?

Zusätzlich wird im Augenblick der Mittelstand durch die Verlängerung der Lockdown – Maßnahmen pulverisiert. Bei vielen Unternehmen kommen die sogenannten November – Hilfen nicht oder zu spät an. Nur die erneute Verlängerung der Aussetzung des Insolvenzrechtes verschleiern hier das Ausmaß der Pleitewelle, die auf uns zukommen wird.

Nicht nur Restaurants, Hotels und Fitness – Studios sind betroffen sondern auch Messebauer, Veranstaltungsunternehmen, Reisebüros und natürlich in ganz besonderem Umfang auch Kunst und Kultur. So schön die live – Übertragungen (ohne Zuschauer) der Elbphilharmonie im Moment auch sein mögen, sie ersetzen nicht den realen Genuß von Musik. Galerien, Ausstellungen, Theater und Musical, sie alle werden dem Virus geopfert, ob sie nun hervorragende Hygiene – Konzepte hatten oder nicht, bleibt vor dem Hintergrund, dass auch hier Übertragungen nicht valide nachgewiesen werden können, gleichgültig.

Die Politik hingegen übt sich zunehmend in Totalitarismus – Übungen: Maßnahmen, deren Sinnhaftigkeit nicht bewiesen ist und die rechtlich ausnehmend fraglich sind. Zum Beispiel wird fragwürdige 15 km – Radius – Regelung gerade potentiell um Ideen wie Handy – Tracking und ähnlichen Maßnahmen ergänzt, die eher einem Überwachungsstaat gerecht werden als einem demokratischen Land, dass seine Bürger nicht wie kleine unwillige Kinder behandelt, die man an die Leine nehmen muss. Eine Politik, die Grundrechte nun Privilegien nennt. Markus Söder phantasiert eine Corona – RAF herbei, möglicher Weise um vom vollständigen Versagen von EU und Bundesregierung bei der Impfstoffbeschaffung abzulenken und natürlich, um sich als potentieller Kanzlerkandidat anzudienen.

Von den Kirchen in Deutschland ist schon lange keine Hoffnung mehr zu erwarten. Sie haben sich längst den herrschenden Umständen angedient und schließen oft im vorauseilendem Gehorsam ihre Gotteshäuser sogar zu Weihnachten. Sie schenken weder Trost noch Hilfe.

Niemand weist darauf hin, dass die Maßnahmen trotz aller Verschärfungen nichts genützt haben. Dabei ist die Definition von Wahnsinn nach Einstein: immer wieder das Selbe zu tun und

dennoch andere Ergebnisse zu erwarten. Weiterhin überbieten sich Politiker mit immer härteren Maßnahmen vom Lockdown light hin zum totalen Lockdown. Man darf auf die zukünftigen Bezeichnungen gespannt sein.

Dabei brauchen wir Menschen doch Hoffnung, insbesondere in Zeiten wie diesen. Zukunftsforscher haben längst damit begonnen, postpandemische Szenarien zu diskutieren und diese geben durchaus auch Grund zur Hoffnung. Zwar werden auch dystopische Varianten diskutiert, die eine Wirtschaft und Gesellschaft im Daueralarm zeigen. Jedoch ist bei vielen Menschen eine zunehmende Corona – Müdigkeit zu spüren, die sich eben in unterschiedlichen Formen des Ungehorsams ausdrücken. Seien es die Winterausflügler, die sich über die staatlich verordnete Panik hinwegsetzen und fröhlich rodeln gehen oder Unternehmer, die sich unter „Wir machen auf“ organisieren. Seien es Bürgermeister von Tübingen oder Magdeburg, die die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen hinterfragen und mit eigenen Stragien erfolgreich sind. Seien es online – Plattformen und Blogs, die wachsende Zahlen vermelden von Lesern, die sich alternativ informieren. So hat zum Beispiel Tichys Einblick mittlerweile 37.000 gedruckte Exemplare pro Monat auf dem Markt und immerhin 2,15 Millionen page views. Ganz ohne GEZ - Zwang entscheiden sich Menschen freiwillig, für guten Journalismus zu zahlen.

Deswegen habe ich die Hoffnung, dass langfristig andere Szenarien der Zukunftsforscher die Oberhand gewinnen: diese, die eine resiliente Gesellschaft hervorbringen, die mutig den Neu – und Wiederanfang wagt. Die die demokratischen Umstände überdenkt und stärkt und eigenverantwortlich handelt. Die neue Innovationen vorantreibt, die Digitalisierung endlich umsetzt und wieder ergebnisoffen die Wissenschaft mit einbezieht. Die unsere Wirtschaft flexibler auf Veränderungen reagieren lässt oder eine Rückbesinnung auf Werte wie Familie und Gemeinschaft stärkt.

Mir ist sehr bewusst, dass sich die Situation noch weiter verschärfen wird. Ich gehe davon aus, dass der Lockdown mindestens bis Ostern anhalten wird. Ich weiß, dass viele Menschen gerade eher sehr pessimistisch, ängstlich und besorgt sind. Dem möchte ich Hoffnung entgegen setzen.

Denn jede Krise birgt auch eine Chance. Deshalb glaube ich an Freiheit statt Angst! Und ende mit einem Zitat von Erich Kästner:

Wird's besser, wird's schlimmer
Fragt man alljährlich.
Seien wir ehrlich:
Leben ist immer lebensgefährlich.

D3-3

Deus ex machina in der Europäischen Währungsunion

Joachim Starbatty

Ökonomen haben einige Male die Eurozone auseinanderbrechen sehen. Aber es gibt sie noch. Doch waren die Prognosen richtig: Eine Währungsunion hat nur Bestand, wenn die Mitgliedstaaten nationale Interessen supranationalen Pflichten unterordnen. Dies gilt besonders für die Finanzpolitik. Um die Mitgliedsländer in der Währungsunion zu finanzpolitischer Disziplin anzuhalten, schreibt die berühmte „no bail out-Klausel“ des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union vor, dass weder die Gemeinschaft noch ein Mitgliedsland für die finanziellen Verpflichtungen eines anderen Mitgliedslandes eintreten. Wenn ein Mitgliedsland wegen Überschuldung seinen finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann, muss es aus der Währungsunion ausscheiden. Ob sich aber die Politiker an von ihnen selbst

erlassene Vorschriften halten, haben die Ökonomen bei ihren Prognosen nicht im Griff. Genau wie im antiken Drama die Götter als *deus ex machina* auf der Bühne erschienen, um eine ausweglose Situation zu retten, schlüpfen auch die Politiker in der Eurozone zur Rettung der Währungsunion in die Rolle eines *deus ex machina*. Sie taten es zum ersten Mal, um Griechenland vor einem Bankrott zu bewahren. Sie werden seitdem aktiv, wenn sie Gefahr im Verzuge sehen. Sie haben mit dieser Aufgabe vornehmlich die Europäische Zentralbank (EZB) betraut.

Wenn Griechenland im Frühjahr 2010 aus der Eurozone hätte ausscheiden müssen, wären von britischen, französischen und deutschen Banken an Griechenland ausgereichte Kredite auf einen Bruchteil ihres Wertes gefallen. Die Banken wurden bei ihren Regierungen vorstellig – mit Erfolg. In der Nacht vom 7. auf den 8. Mai 2010 hat der Europäische Rat als „*deus ex machina*“ nicht nur das Griechenland-Rettungspaket verabschiedet, sondern auch einen Rettungsschirm in Höhe von 750 Milliarden Euro aufgespannt, unter den jedes Mitgliedsland schlüpfen kann, um eine nationale Insolvenz abzuwenden. Das ist ohne jede demokratische Kontrolle über die Bühne gegangen. Es war ein Putsch von oben. Er hat die Währungsunion von Grund auf verändert.

Die Geschichte geht weiter. Zwei Jahre später hatten sich die Renditeabstände zwischen italienischen und spanischen Staatsanleihen einerseits und deutschen andererseits dermaßen gespreizt, dass weder Italien noch Spanien die damit verbundene Zinslast länger hätten tragen können. Daher haben die maßgeblichen Politiker entschieden, dass Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), als *deus ex machina* die Kohlen für sie aus dem Feuer holt. Auf einer Investorenkonferenz in London am 26. Juli 2012 verkündete Draghi, die EZB stehe für die Existenz des Euro ein. Dann kam der Götterspruch: „*Whatever it takes.*“ Nach dieser Bürgschaftserklärung schrumpften die „*spreads*“ bis auf wenige Zehntel-Prozentpunkte zusammen, die Kurse der Anleihen notleidender Schuldnerländer schossen geradezu nach oben – eine Belohnung für alle Investoren, die sich auf das Wort von Draghi verlassen und Anleihen notleidender Schuldnerstaaten gekauft hatten.

Draghi hat aber nicht bloß den Euro gerettet, sondern auch die Eurozone zusammengehalten. Er hat die Zinsen auch für überschuldete Mitgliedstaaten so niedrig gehalten, dass sie ihre Ausgabenpolitik ohne Sanierung ihrer Haushalte fortsetzen konnten. Die verdeckte monetäre Staatsfinanzierung war im Zentralbankrat nicht unumstritten. Doch konnte sich Draghi nach Anrufen bei den Zentralbankpräsidenten überschuldeter Mitgliedstaaten sicher sein, im Zentralbankrat die notwendige Mehrheit für seine Politik zu haben. Auch stärkte ihm die Politik den Rücken.

Einflussreiche politische Götter achten auch auf eine euro-konforme Personalpolitik. Deutschland als größter Anteilseigner der EZB wäre nach einem Niederländer, Franzosen und Italiener an der Reihe gewesen, den Präsidenten der EZB zu stellen. Der Präsident der Deutschen Bundesbank war dazu bereit. Der französische Staatspräsident, Emmanuel Macron, hat ihn von diesem Posten fernhalten können, indem er Bundeskanzlerin Merkel anbot, die deutsche Verteidigungsministerin, Ursula von der Leyen, zur Präsidentin der EU-Kommission zu machen. Die Bundeskanzlerin ließ sich gerne überreden, da auch ihr ein EZB-Präsident, der sich an die Regeln hält, nicht recht war. Nun führt die französische Kandidatin, Christine Lagarde, Draghis Politik fort.

Aber es gab auch Zwist zwischen den Göttern. Die Eurogruppe, in der sich die Finanzminister über den Kurs innerhalb der Eurozone abstimmen, hatte am 15. Juli 2015 unter Führung des deutschen Finanzministers Wolfgang Schäuble mit großer Mehrheit weitere Hilfspakete für Griechenland abgelehnt. Griechenland hätte die Eurozone verlassen müssen. Daraufhin ist der damalige französische Staatspräsident, Francois Hollande, zur Bundeskanzlerin nach Berlin gereist und hat mit ihr konferiert. Als Ergebnis haben sie verkündet: Griechenland bleibt Mitglied

der Eurozone. Hollande ist gefragt worden, was er nach seinem Triumph über Wolfgang Schäuble empfunden habe. Er hat geantwortet, man müsse doch nicht nach jedem Erfolg „kikeriki“ schreien.

Einem jüngsten Crash in der Eurozone ist die Bundeskanzlerin zuvorgekommen. Sie kündigte Corona-Hilfen für die EU an, um diese vor einem Zerfall zu bewahren. Das war nur vorgeschoben. Kein Mitgliedsland hätte den sicheren Hafen EU verlassen, wenn es wegen der Corona-Krise in finanzielle Schwierigkeiten geraten wäre. Notfalls hätte es über eine Abwertung verlorengegangene internationale Konkurrenzfähigkeit zurückgewinnen können. Diese Möglichkeit ist den Mitgliedsländern der Eurozone verbaut. Der Euro hatte die Eurozone in zwei Teile gespalten: Für die einen – wie für Deutschland – war der Euro zu niedrig bewertet, daher Exportüberschüsse und sprudelnde Steuerquellen; für die anderen war er zu hoch bewertet, daher der Verlust internationaler Konkurrenzfähigkeit und austrocknende Steuerquellen. Daher hätten diese Mitgliedsländer unter der Last zusätzlicher finanzieller Verpflichtungen zusammenbrechen können und aus der Eurozone ausscheiden müssen.

Wie wollen die politischen Götter zukünftig die Eurozone vor einem Zerfall bewahren? Sie haben eine Gemeinschaftsanleihe in Höhe von 750 Milliarden Euro aufgelegt. Dabei haben sie eine dicke rote Linie überschritten. Bisher war die deutsche Bundesregierung strikt gegen eine Konstruktion, bei der die einen haften und die anderen das Geld ausgeben; das habe in der Welt noch nie funktioniert. Macron und Merkel sind die Initiatoren dieses Projekts. Gerechtfertigt wird es mit der Dringlichkeit, notleidenden Mitgliedstaaten rasch unter die Arme zu greifen; auch sei es einmalig. Doch wird man sich bei späteren Notsituationen nicht verweigern können. Macron und erstaunlicherweise auch der deutsche Finanzminister begrüßen den Einstieg in eine europäische Transferunion. Noch wehrt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Eine Transferunion würde Europas Kreativität ersticken. Mit Sicherheit, doch werden die politischen Götter bei jedem Anschein eines Zerfalls der Eurozone weitere Mittel fließen lassen. Daraus folgt auch: Kein Mitgliedsland in der Eurozone wird mehr Konkurs gehen. Es braucht sich auch nicht an Auflagen zu halten, die mit der Kreditvergabe verbunden sind. Es gibt den Sanktionsmechanismus – Ausscheiden aus der Eurozone – nicht mehr. Kein Mitgliedstaat kann zu einer Rückzahlung der Kredite gezwungen werden; sie werden einfach verlängert. Es gibt auch keinen Unterschied mehr zwischen Krediten und Zuschüssen. Eine andere Frage ist, wie lange die Menschen in den Gläubigerstaaten das noch mit sich machen lassen. Zurzeit kann Bundeskanzlerin Merkel die Menschen in Deutschland mit dem Hinweis ruhigstellen, dass ein Scheitern des Euro für die Ertragskraft der Wirtschaft und die Sicherheit der Arbeitsplätze weit verhängnisvoller wäre als weitere Zahlungen.

Doch droht dem Euro von einer anderen Seite Gefahr. Christine Lagarde führt die Geldschwemmenpolitik ihres Vorgängers fort, steigert sie sogar noch. Im Mittelalter wäre eine solche Geldschwemme wegen des geringer gewordenen Edelmetallgehalts sofort aufgefallen und hätte preistreibend gewirkt. Bei Papiergeld fällt eine Münzverschlechterung nicht auf. Papier bleibt Papier. Die Geldnutzer unterliegen noch der Geldillusion: Euro bleibt Euro. Wann sie diese Illusion verlieren, kann niemand voraussagen. Aber wenn sie verloren geht, wird es zu der Situation – des rette sich, wer kann – kommen. Der EZB wird es schwer fallen, die von ihr geschaffene Geldschwemme wieder unter Kontrolle zu bringen. Hans-Werner Sinn hat dafür ein plastisches Bild gewählt: Genau wie ein Kutscher die Pferde vor seinem Karren nicht am Ausbrechen hindern könne, wenn er die Zügel zuvor habe schleifen lassen, werden auch eventuelle Bremsversuche der EZB bei sich beschleunigender Geldentwertung wenig Wirkung zeigen. Wir wissen nicht genau, was kommen wird, doch können wir sagen, dass wir interessanten Zeiten entgegensehen. Nach chinesischer Lesart ist das als Fluch zu verstehen.

Autor: Professor (em) Dr. Dr. h.c. Joachim Starbatty, Eberhard Karls Universität Tübingen

D3-4

Kreditfinanzierter EU-Wiederaufbaufonds
– Deutschland garantiert für 770 Mrd. Euro –
Dirk Meyer

Die Beschlüsse des Europäischen Rates v. 17. bis 21. Juli 2020 umfassen einen neuen *Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)* für den Zeitraum 2021 bis 2027 im Gesamtumfang von 1.074 Mrd. Euro und einen *Sonderhaushalt ‚Next Generation EU‘ (NGEU)* in Höhe von 750 Mrd. Euro, der vollständig über EU-Kredite finanziert werden soll. Deren Rückzahlung ist fernab im Zeitraum 2028 bis 2058 vorgesehen. An die Mitgliedstaaten sollen aus diesem ‚Wiederaufbaufonds‘ 360 Mrd. Euro als nationale Kredite und 390 Mrd. Euro als endgültige Zuschüsse vergeben werden. Den notwendigen EU-Krediten müssen nicht nur alle 27 EU-Mitglieder zustimmen (Art. 312 Abs. 2 Vertrag über die Arbeitsweise der EU, AEUV). Auch der Deutsche Bundestag und der Bundesrat müssen gemäß Art. 23 u. 73 Grundgesetz (GG) entsprechende Zustimmungsgesetze annehmen (§ 3 Abs. 1 Integrationsverantwortungsgesetz, IntVG). Strittig ist lediglich, ob mit einfacher Mehrheit oder mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden muss.

NGEU gründet auf der ‚*EU-Katastrophenschutzrechtsklausel*‘ (Art. 122 AEUV). Allerdings stehen Hilfen für Italien, Spanien, Portugal und Griechenland im Vordergrund, die sonst aufgrund überaus hoher Schuldenstandsquoten den Zugang zum freien Kapitalmarkt verlieren dürften. Dies könnte einen Verstoß gegen das *Nicht-Beistandsgebot* (Art. 125 AEUV) darstellen. Denn die kreditfinanzierten EU-Hilfen ersetzen eine nationale Neuverschuldung in teils erheblichem Umfang. So betragen die geplanten Zuschüsse und Kredite (jeweils in Mrd. Euro) für Italien: 81/127; Spanien: 67/72; Frankreich: 40/keine; Polen: 30/34 und Griechenland: 20/13. Die für die Zuschüsse notwendige EU-Kreditaufnahme wird nicht auf die nationale Schuldenstandsquote angerechnet. Zudem sind die Kreditzinsen für die EU-Verschuldung geringer als die der mediterranen Hochschuldenstaaten. Da diese Länder von den EU-Hilfen im Besonderen begünstigt werden und die Kredithilfen einen erheblichen Umfang in Relation zu deren nationalen Haushalten einnehmen, kann die Einhaltung des Nicht-Beistandsverbotes infragestehen. Die Finanzierung wird der sogenannten ‚Marktlogik‘ (Prüfung der Kreditwürdigkeit, adäquate Kalkulation einer Risikoprämie) entzogen – was auch der Zielsetzung des Aufbauinstrumentes entspricht. Am 18. März 2020, also vor der Aktivierung des Pandemie-Staatsanleiheankaufprogramms (PEPP) der EZB, lag der Risikoaufschlag italienischer Staatsanleihen gegenüber entsprechenden Bundesanleihen bereits bei 3,3 Prozentpunkten. Bei etwa 4,5 Prozentpunkten hätte der Verlust des Kapitalmarktzugangs gedroht, wie die Erfahrungen aus den Liquiditätskrisen Griechenlands (April 2010), Irlands (November 2010) und Portugals (April 2011) gezeigt haben.

Deutschland ist der größte Nettozahler des EU-Wiederaufbaufonds. So beziffert die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Anfrage des FDP-Abgeordneten Gerald Ullrich die Nettzahlungen auf voraussichtlich 52,3 Mrd. Euro. Doch hiermit nicht genug. Zunächst wird der Fonds bis 2026 nicht 750 Mrd. Euro, sondern aufgrund der Formulierung „zu Preisen von 2018“ wegen der Inflationsanpassung de facto etwa 820 Mrd. Euro verausgaben. Zwar erfolgt die Mittelaufbringung für die Kreditbedienung zunächst anteilig, wobei auf Deutschland 24 Prozent (197 Mrd. Euro) entfallen. Da die Kredittilgung im Zeitraum 2028 bis 2058 vorgesehen ist, sind jedoch weitere Haushaltsperioden nach 2028 von den Ausgabenlasten betroffen. Bereits dieser ‚Normalfall‘ beinhaltet *Unsicherheiten für spätere Haushaltsperioden*, in denen (a) *EU-Programmkürzungen*, (b) *erhöhte EU-Beiträge* der Mitgliedstaaten und gegebenenfalls (c)

Sonderbeiträge einzelner solventer Mitgliedstaaten erforderlich sein könnten, sollten die geplanten EU-Steuern und -abgaben nicht in dem notwendigen Umfang zur Finanzierung beitragen.

Weitere Lasten drohen für den Fall einer ‚*Liquiditätsklemme*‘. Diese könnte eintreten, wenn Darlehen nicht fristgerecht bedient werden und/oder wenn insolvente Mitgliedstaaten ihre Beiträge zur Tilgung der für Zuwendungen verwandten EU-Anleihen nicht aufbringen können bzw. wollen. So heißt es im Finanzierungsentwurf des Rats der EU: „Reichen die bewilligten, im Haushaltsplan veranschlagten Mittel nicht aus, damit die Union ihren Verpflichtungen aus der ... [Kreditaufnahme] nachkommen kann, so stellen die Mitgliedstaaten der Kommission die hierfür erforderlichen Mittel bereit.“ De facto handelt es sich hier letztendlich um eine Nachschusspflicht, in der die *Mitgliedstaaten anteilig für Ausfälle in Regress* genommen werden können – Eurobonds durch die Hintertür. Deutschland würde rechnerisch jährlich mit bis zu ca. 33 Mrd. Euro (24 Prozent EU-Anteil) haften und zwar über die gesamte Laufzeit der Kreditrückzahlung bis 2058. Dies übersteigt den deutschen Haftungsanteil am Kapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Höhe von 190 Mrd. Euro über die Jahre gesehen erheblich. Diese *Kreditgarantien* könnten eine weitere parlamentarische Zustimmung notwendig machen (Art. 115 Abs. 1 GG).

Rein rechnerisch beträgt die Haftungssumme etwa eine Billion Euro. Damit verdeutlicht der durchaus unrealistische Fall, dass Deutschland als einziger Mitgliedstaat für die gesamte Kreditsumme notfalls alleine geradestehen könnte, die völlig überzogenen Sicherheitsvorkehrungen. Offiziell sind sie der Kreditbesicherung und dem erstklassigen AAA-Rating geschuldet. Hintergrund könnte jedoch sein, dass die EU mittelfristig den Einstieg in einen kreditfinanzierten Normalhaushalt plant und hierfür bereits Vorkehrungen trifft, um die Widerstände der solventen Mitgliedstaaten abzuschwächen. Die transferbasierte Fiskalunion wird Realität.

Literatur

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages, Geänderter Vorschlag für einen Beschluss des Rates über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union – Öffentliche Anhörung,

https://www.bundestag.de/ausschuesse/pe1_europaeischeunion/oeffentliche_anhoerungen?url=L2F1c3NjaHVlc3NIL3BlMV9ldXJvcGFlaXNjaGV1bmlvbi9vZWZmZW50bGljaGVfYW5ob2VydW5nZW4vNzk5OTE4LTc5OTkxOA==&mod=mod554384

Heinemann, Friedrich (2020), Die Überdeckung der Next Generation EU-Schulden im Entwurf des neuen EU-Eigenmittelbeschlusses: Ausmaß und Haftungskonsequenzen, Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung durch den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages am 26. Oktober 2020,

https://www.bundestag.de/ausschuesse/pe1_europaeischeunion/oeffentliche_anhoerungen?url=L2F1c3NjaHVlc3NIL3BlMV9ldXJvcGFlaXNjaGV1bmlvbi9vZWZmZW50bGljaGVfYW5ob2VydW5nZW4vNzk5OTE4LTc5OTkxOA==&mod=mod554384, (Abrufdatum 28.10.2020).

Meyer, Dirk (2020), Eigenmittelsystem der EU – Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung durch den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages am 26. Oktober 2020, <https://www.bundestag.de/resource/blob/800952/b3f87ded83ef7109b705691c288f5f6c/meyer-data.pdf>, (Abrufdatum 28.10.2020).

Rat der Europäischen Union (2020), Geänderter Vorschlag für einen Beschluss des Rates über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union, Brüssel 28. Mai 2020, 8140/20 RESPR 14 CADREFIN 90 POLGEN 51 FIN 305, 2018/0135(CNS).

Autor: Prof. Dr. Dirk Meyer, Institut für Volkswirtschaftslehre, Lehrstuhl für Ordnungsökonomik, Helmut-Schmidt-Universität, Universität der Bundeswehr Hamburg

D3-5

Zombies in Corona-Zeiten?

– Wie Nullzins, Corona-Hilfen und aufgeschobene Insolvenzen die Wirtschaft auszehren –²

Dirk Meyer

Freier Markt und Wettbewerb folgen klaren Regeln. Niedriglöhne ermöglichen Beschäftigten Arbeit, die nur eine geringe Produktivität erwirtschaften: Ungelernte, Fehlqualifizierte, gehandikapte Personen. Deshalb gibt es in der Sozialen Marktwirtschaft den Sozialstaat, der geringe Einkommen aufstockt. In Corona-Zeiten wird dieses Sozialmodell jedoch auf Unternehmen und Selbständige übertragen. Der Null- bzw. Niedrigzins hat Unternehmen überleben lassen, die nur diese niedrigen Kapitalkosten erwirtschaftet haben. Damit blieb wenig Gewinn zur Aufstockung der Eigenkapitalpuffer. Die Folgen zeigt die Corona-Krise. Mit Bürgschaften, Kredit- und Eigenkapitalhilfen sowie Soforthilfen für Selbständige, Freiberufler und Kleinbetriebe muss der Staat über die Krise retten. Die vorübergehende Aussetzung der Insolvenzantragspflicht wurde zweimal auf jetzt den 31.01.2021 verlängert. Die Gefahren sind offensichtlich. Denn Insolvenzen sind ein wichtiger Mechanismus, um Unternehmen ohne ein tragfähiges Geschäftsmodell entweder zu schließen oder es grundlegend zu sanieren. Nur so werden Arbeitnehmer, Zulieferer und Kreditgläubiger vor größeren Ausfällen geschützt.

Für 2020 verzeichnet die Creditreform Wirtschaftsforschung trotz Konjunkturerinbruchs gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang der Insolvenzen bei Unternehmen von 18.830 auf 16.300 (minus 13,4 Prozent). Statistisch gesehen, hätten damit bereits bei unveränderter Konjunktur weitere ca. 2.500 Firmen Insolvenz anmelden müssen. Diese und weitere Corona-bedingte Ausfälle drohen nach dem Auslaufen der Hilfen 2021 eine Insolvenzwelle auszulösen, die auch gesunde Unternehmen mitreißen könnte. Man spricht von ‚untoten Unternehmen‘ oder ‚Zombie-Unternehmen‘. Sie erschweren den Neustart und verschleppen den notwendigen Strukturwandel, indem sie Kapital und Arbeitskräfte binden, die in gesunden Unternehmen produktiver eingesetzt werden könnten. Ein ähnliches Bild liefern die Verbraucherinsolvenzen, die von 62.810 auf 45.800 (minus 27,1 Prozent) zurückgingen. Sie wurden durch Sonderregelungen beim Kurzarbeitergeld, einer befristeten Stundung von Kredittilgungen und Mietschulden geschützt. Bundesbank, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die Europäische Zentralbank warnen deshalb vor erhöhten Kreditausfällen, die die Stabilität des Bankensektors gefährden könnten.

Was sollte man zukünftig anders machen? Um die Spreu vom Weizen zu trennen, wären Gewinne der Vorjahre ein Indikator für die längerfristige Rentabilität. Deshalb sollte der bereits von 1 Mio. auf 5 Mio. Euro erhöhte Verlustrücktrag erstens nochmals erhöht werden und zweitens nicht nur für das Vorjahr, sondern für zwei oder mehrere Jahre gelten. So kämen auch größere Unternehmen in den Genuss dieser Erleichterung und Steuern könnten über mehrere Jahre zurückgeholt werden. Alternativ könnten die Hilfen an die Einhaltung vorjähriger betriebswirtschaftlicher Kennzahlen geknüpft werden, die von der Wirtschaftsprüfung zu bestätigen wären.

² Erstveröffentlichung: „Zombies in der Krise – Gefahr für Arbeitnehmer, Zulieferer und Kreditgläubiger“, in: Junge Freiheit, Berlin, Nr. 3/21 v. 15. Jan. 2021, S. 14.

Literatur

- Arth, Lukas et al. (2020), Unerwünschte Nebenwirkung der Corona-Maßnahmen: Zombies?, in: ifo Schnelldienst, 73. Jg. (2020), H. 11, S. 50-52
- Creditreform (2020), Insolvenzen in Deutschland - Jahr 2020, in: <https://www.creditreform.de/aktuelles-wissen/pressemeldungen-fachbeitraege/news-details/show/insolvenzen-in-deutschland-jahr-2020> (Abrufdatum 17.12.2020).
- Reuters (2020), "Dickes Ende kommt erst noch", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung – FAZ.NET, Frankfurt, 04.12.2020, <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/banken-steht-haertetest-in-corona-pandemie-noch-bevor-17084856.html> (Abrufdatum 17.12.2020).
- Borowski, Max (2020), Die Zombie-Unternehmen-Invasion fällt aus – Die Wahrheit über untote Firmen, ntv v. 30.10.2020.

D3-6

Globalisierung und Wettbewerbsfreiheit versus Solidarität und Solidität Ist die Soziale Marktwirtschaft überfordert?

Joachim Starbatty

1. Konkurrenzdruck bei Globalisierung

Für Ökonomen bedeutet Globalisierung Öffnung und Erweiterung der Märkte und damit bessere Ausschöpfung der Ressourcen über die weltweite Arbeitsteilung. Ricardo hat die Ökonomen gelehrt, auf die wohlfahrtsschaffende Kraft eines weltweiten Handels zu vertrauen.³ Auf diese Annahme stützt sich auch politisches Handeln. In multilateralen Zollsenkungsrunden kam die Welt dem Ziel eines freien Welthandels ein beträchtliches Stück näher. Doch wurde der Multilateralismus allmählich durch regionale Zusammenschlüsse abgelöst. So ist der Binnenmarkt der Europäischen Union (EU) ein erfolgreiches Beispiel eines regionalen Ansatzes. Die EU hat regionale Abkommen unter anderem mit Kanada und Japan geschlossen; eine Einigung mit Lateinamerika steht bevor. Die langwierigen und teilweise komplizierten Verhandlungen zeigen uns aber, dass die Verhandler genaustens darauf achten, Nachteile für die eigene Wirtschaft zu vermeiden.

Ricardos Modell der Wohlstandsmehrung ist im Kern eine Aussage über den Handelsgewinn der jeweiligen Tauschpartner. Es ist unwiderlegbar, dass der weltweite Wohlstand bei Spezialisierung steigt. Eine andere Frage ist, wie sich der Wohlstand auf die beteiligten Länder verteilt. Ricardo unterstellt in seinem Modell, dass es keine Anpassungskosten für die Unternehmen bei Öffnung der Märkte gäbe und dass die freigesetzten Arbeitskräfte sofort eine neue Stelle in wachsenden Sektoren finden würden. Wenn es bei Globalisierung nur Gewinner gäbe, müsste man sich um die Solidarität und Solidität einer Volkswirtschaft und um unsere Soziale Marktwirtschaft keine Sorgen machen. Das, was Ricardo uns lehrt, ist nicht falsch, aber sein Modell blendet aus, was mit offenen Märkten und zunehmender internationaler Arbeitsteilung untrennbar verbunden ist – wachsender Konkurrenzdruck. Bei Aushängen der Stadttore oder

³ David Ricardo zeigt uns anhand seines Modells der komparativen Kostenvorteile, dass bei freiem Handel alle Länder Wohlfahrtsgewinne erzielen, wenn sie sich auf die Produkte konzentrieren, die sie vergleichsweise kostengünstig herstellen können. (On the Principles of Political Economy, and Taxation, London 1817, S.146 ff.)

Niederreißen von Grenzzäunen erhalten die Bürger die Möglichkeit zur Abwanderung und zum Widerspruch; die Politik muss sich dann auf die Interessen der Bürger einstellen.⁴

Die Intensität des Wettbewerbs auf den jeweiligen Marktsegmenten – Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkte – nimmt zu. Der Zuzug billigerer Arbeitskräfte gefährdet inländische Arbeitsplätze, wirkt aber im Prinzip wie kostensparender technischer Fortschritt, erhöht damit die Kaufkraft der Inländer und wirkt wohlfahrtssteigernd. Doch beliebt waren sie nicht – die Iren in New York. Wenn moderne Computertechnologien die Produkterstellung unabhängig vom Standort möglich machen, dann geraten Arbeitskräfte und Qualifikationen unter Druck, die bisher keine Konkurrenz aus dem Ausland befürchten mussten. Die Produktivität steigt, weil sich Unternehmen gezwungen sehen, Kosten zu sparen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Kosteneinsparung heißt in aller Regel, mit weniger Arbeitskräften auszukommen. Die Menschen spüren zwar, dass das Warenangebot und das Realeinkommen steigen, weil sie nun mehr für ihr Geld bekommen, aber sie fürchten auch um ihren Arbeitsplatz. Sie sehen, dass Firmen um sie herum dicht gemacht werden. Dass an anderer Stelle neue Arbeitsplätze entstehen, sehen sie nicht oder glauben es nicht. Dies erklärt den teilweise erbitterten Widerstand gegen Freihandelsabkommen wie das „Transatlantische Handels und Investitionsabkommen“ (TTIP).⁵

Da bei Globalisierung und Wettbewerbsfreiheit der Konkurrenzdruck zunimmt, müssen Staaten vermeiden, dass der Produktivitätsfortschritt zu Lasten der eigenen Volkswirtschaft geht. Eine Politik des Schutzes bedrohter Sektoren, auch wenn er zeitlich befristet und degressiv gestaffelt angelegt ist, führt dagegen in aller Regel zu Erhaltungssubventionen und wirkt damit wohlfahrtsmindernd. Die Politik im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft muss auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaft gerichtet sein. Eine gute Ordnungspolitik ist entscheidend für die Sicherung der Sozialen Marktwirtschaft im Zuge der Globalisierung. Bei Intensivierung des Wettbewerbs ist gerade bei etablierten Industriewirtschaften ein hohes Maß an Flexibilität erforderlich, um auf die gewachsenen Herausforderungen angemessen und rasch reagieren zu können.

Was ist zu tun? Deutschland hat nur einen weltwirtschaftlich wesentlichen Rohstoff: die Fähigkeiten und Fertigkeiten nachkommender Generationen. Über Kapitalbildung müssen sozialpflichtige Vollerwerbsplätze geschaffen werden, damit die Politik ihrer Verpflichtung gegenüber der nachkommenden Generation und ihrem sozialen Auftrag gerecht wird. Eine Aufklärung der Bürger über die Kosten des Sozialsystems ist eine wesentliche Voraussetzung, dass sie selbst an einem schonenden Umgang mit dem System, das die sozialen Leistungen generiert, interessiert sind. Wer die Regierungsarbeit der Großen Koalition daraufhin prüft, ob sie sich an diesen Kriterien orientiert, stellt fest, dass sie eher danach sucht, wo sozialpolitisch noch etwas getan werden könnte oder müsste. Sie hat sich kaum bemüht, die Quellen zu speisen, aus denen die finanzielle Mittel fließen sollen, um sozial sein zu können. Was sich jetzt unter dem Titel „Soziale Marktwirtschaft“ präsentiert, hat sich erheblich von der Konzeption entfernt, die sich Ludwig Erhard und seine wissenschaftlichen Freunde – Franz Böhm, Walter Eucken, Alfred

⁴ Dass sich bei Globalisierung und möglicher Abwanderung von Arbeit und Kapital die Machtverhältnisse umkehren, konnte bei Öffnung der Grenzen im Machtbereich des „Warschauer Pakts“ beobachtet und erfahren werden. Die Öffnung führte zum Umsturz der herrschenden Systeme, wenngleich alte politische Seilschaften das zu verhindern trachteten, teilweise auch erfolgreich.

⁵ Es war schon erstaunlich, welche Protestmärsche und Demonstrationen die Freihandelsgegner mobilisieren konnten. Interessanterweise haben nicht Ökonomen protestiert, sondern Lehrer und Pfarrer.

Müller-Armack, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow – vorgestellt und zunächst auch realisiert haben.⁶

2. Das intellektuelle Potential fordern

Um unsere Soziale Marktwirtschaft zukunftsfest zu machen, muss die Politik zwei Herausforderungen meistern: die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft zu bewahren und zu stärken sowie unser Sozialsystem so umzubauen, dass es gegen Ausbeutung und Überforderung gewappnet ist. Ein Land, das nur über eine konkurrenzfähige Ressource verfügt – die Menschen in unserem Land – muss sie sorgsam pflegen. Das versteht sich von selbst und muss nicht eigens begründet werden. Zu bezweifeln ist sie jedoch, ob die Politik entsprechend handelt. Unser duales Ausbildungssystem ist ein belastbares Fundament, um das uns die ganze Welt beneidet und das nur hier und da nachgebessert werden muss. Falsch wäre es dagegen, Ratschlägen internationaler Organisationen zu folgen und immer mehr Ausbildungsgänge zu akademisieren. Als Hochschullehrer kann man die Erfahrung machen, dass viele Schulabgänger aus Prestige Gründen das Hochschulstudium dem dualen Ausbildungsgang vorziehen, ohne dafür geeignet oder ausgebildet zu sein. Oft drängen Politiker die Universitäten dazu, die Durchfallquoten zu senken, um zu kaschieren, dass das an den weiterführenden Schulen geforderte Niveau nicht ausreichend ist, um Hochschulansprüchen zu genügen. Leider gehen Hochschullehrer oft den bequemen Weg, ihrerseits das Anforderungsprofil aufzuweichen, um die Durchfallquoten zu senken. Sie wollen nicht länger ein Stein des Anstoßes sein. Institutionen und Lehrpersonal für eine gute Ausbildung sind da. Warum also zögern, das intellektuelle Potenzial unserer Jugend zu fordern und damit zu fördern?

3. Kapitalbildung nicht behindern

Auch diese Bedingung ist nicht schwer zu erfüllen. Ein Beispiel zeigt das. Wir vergleichen zwei Länder mit zwei Betrieben, die von einer identischen Basis starten. Der Inhaber des Betriebes A macht erhebliche Gewinnentnahmen, um den Gegenwartskonsum seiner Familie auf einem hohen Niveau zu halten. Der Inhaber von Betrieb B behält entnimmt nur das Nötigste und investiert den verbleibenden Erlös in die Produktivität der Firma. Sein Betriebskapital wächst und damit auch die Zahl der Beschäftigten, während Betrieb A notleidend wird. Dieses Beispiel können wir auf zwei Volkswirtschaften übertragen; die Gewinnentnahmen können wir mit Steuern und Sozialabgaben vergleichen. Erhöhen wir die steuerliche und soziale Belastung, so wird die Kapitalbildung geschwächt und auch die internationale Konkurrenzfähigkeit. Damit entgeht der Politik auch die Möglichkeit, dass Unternehmer Arbeitsplätze schaffen, aus denen soziale Leistungen finanziert werden. Der Staat, der um die betriebliche Kapitalbildung besorgt ist, handelt nicht weniger sozial als ein solcher, der nach sozialen Lücken sucht – ganz im Gegenteil: Ein Staat, der die Kapitalbildung fördert, hebt die volkswirtschaftliche Ertragskraft und steigert damit die Fähigkeit, zukünftig soziale Leistungen finanzieren zu können.

4. Das Sozialsystem zukunftssicher machen

Unser Staat muss das Sozialsystem so umsteuern, dass es auch in Zukunft solide genug ist, um Solidarität üben zu können. Manche Politiker sind geneigt, das soziale Füllhorn auszuschütten, um sich bei den Wählern beliebt zu machen. Um nicht den Unwillen derjenigen zu provozieren, die für das Aufkommen sorgen müssen, weichen sie in die Verschuldung aus. Die daraus resultierenden Belastungen fallen erst später an. Genieße jetzt und zahle später, so könnte das Motto

⁶ Ludwig Erhard hat frühzeitig gewarnt: „Der Sozialfürsorge ist auch nicht gedient, durch immer höhere Steuerbelastungen die Produktivität zu schmälern oder durch fragwürdiges Finanzgebaren die Volkswirtschaft immer starker zu verschulden. Auch diese Schulden müssen zurückgezahlt werden.“ (Rede als Alterspräsident des Deutschen Bundestages, 14. Dezember 1976)

lauten. Doch das ist nur die halbe Wahrheit: Der Politiker, der wiedergewählt worden ist, haftet überhaupt nicht, und die aktuellen Nutznießer zahlen nur teilweise, wenn überhaupt. Stattdessen muss die ins Berufsleben hineinwachsende Generation die Lasten übernehmen.⁷ Das Sozialsystem muss zunächst vor den Politikern selbst geschützt werden. Unser Sozialsystem hat eine immanente Tendenz zur Ausweitung des Sozialbudgets – gewissermaßen eine „built-in-dynamics“.

Eine zweite „built-in-dynamics“ ist die Konstruktion des Sozialsystems selbst. Hiermit hat sich insbesondere Philipp Herder-Dorneich beschäftigt.⁸ Er spricht von der Rationalitätenfalle unseres Sozialsystems. Es neige zu ständiger Ausdehnung, weil sich die Menschen rational verhielten, individuell ihren Nutzen mehrten und ihre Kosten senkten. Was sich in einer Volkswirtschaft vorteilhaft auswirke, lasse das Sozialsysteme auf Dauer zusammenbrechen.

Ein anschauliches Beispiel sagt mehr als eine abstrakte Begründung. Mein verstorbener Kollege, Alfred Eugen Ott, hat die Rationalitätenfalle und die verhängnisvollen Konsequenzen individuell rationalen Verhaltens im Rahmen seines Seminars buchstäblich vor Augen geführt. Zu Anfang des Semesters lud er die Teilnehmer seines Seminars zu einem Eröffnungsabend ein. Großzügig wie er war, übernahm er die Getränke, das Essen musste jeder selbst bezahlen. Dann prüfte jeder genau, was von der Speisekarte mit seinem Portemonnaie vereinbar war. Bei Semesterschluss lud er wieder seine Seminaristen ein, änderte aber die Spielregeln. Er übernahm wieder die Kosten für die Getränke, die Kosten für das Essen sollten hingegen auf alle umgelegt werden. Jetzt prüfte der einzelne nicht, was mit seinem Portemonnaie vereinbar war, sondern was er sich jetzt leisten wollte. Sich zurückzuhalten wäre nicht rational gewesen, weil er dann für die anderen gespart hätte. Und so haben sich dann diese Seminaristen in ihren Ausgabewünschen noch gegenseitig befeuert. Auch die Kosten in einem Sozialsystem steigen, wenn nicht der einzelne, sondern die Versichertengemeinschaft für die Kosten aufkommt.

Wir greifen die Kraftfahrzeug-Versicherung heraus. Derzeit richten sich die Beiträge am individuellen Risiko aus. Anfänger zahlen höhere Risikoprämien ebenso wie Autofahrer mit häufigen Unfällen. Umsichtige Autofahrer werden mit Beitragssenkungen belohnt. Das geht so weit, dass Versicherte oft selbst die Schäden für einen Unfall übernehmen, um nicht den Freibetrag zu verlieren. Stellen wir uns vor, dass wir wie Professor Ott die Spielregeln ändern: Nicht mehr der einzelne kommt für seine Unfallschäden auf, sondern die Versichertengemeinschaft. Die Beiträge würden in die Höhe schießen, wenn fahrlässiges Fahren nicht mehr sanktioniert wurde. Es würde geradezu pervers: Es lohnte sich, Unfälle zu provozieren, weil der Unfallversucher nicht belangt würde und der Geschädigte wegen einer Schramme sein gesamtes Auto lackieren lassen könnte. Es gibt kaum eine Werkstatt, die darauf nicht einging. Das hat jeder Autofahrer schon erleben können.

Nehmen wir einen anderen Fall, dieses Mal aus dem Arbeitsleben. Helmut Kohl hat als Regierungschef versucht, die bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall entstehenden Kosten durch

⁷ Es wird die meisten linken Politiker und Gewerkschafter überraschen, dass Karl Marx auf die unsozialen Folgen der Verschuldung hingewiesen hat: „Die Anleihen befähigen die Regierung, außerordentliche Ausgaben zu bestreiten, ohne dass der Steuerzahler es sofort fühlt, aber sie erfordern doch für die Folge erhöhte Steuern.“ Er hält weiter fest: „Die moderne Fiskalität, deren Drehungsachse die Steuern auf die notwendigsten Lebensmittel, also deren Verteuerung, bilden, trägt daher in sich selbst den Keim automatischer Progression. Die Überbesteuerung ist nicht ein Zwischenfall, sondern vielmehr Prinzip. In Holland, wo dieses System zuerst inaugurirt wurde, hat allein große Patriot David de Witt es in seinen Maximen gefeiert als das beste System, um den Lohnarbeiter unterwürfig, frugal, fleißig und mit Arbeit überladen zu machen.“ (Das Kapital, Erster Band, in: Marx/Engels, Werke, Band. 23, Berlin 1977, S. 784)

⁸ Philipp Herder-Dorneich, Der Sozialstaat in der Rationalitätenfalle. Grundfragen der sozialen Steuerung, Stuttgart 1982

eine Systemänderung zu senken. Der Versuch ist gescheitert, weil er als unsozial gebrandmarkt wurde. Dabei fällt jedem auf, der die Tabelle der Krankheitsmeldungen überprüft, dass die Häufigkeit an bestimmten Tagen mit Krankheit wenig zu tun haben. Das muss nicht näher beleuchtet werden. Werner von Siemens hatte in seiner Firma ein System eingeführt, das diejenigen belohnte, die keine krankheitsbedingten Fehlzeiten aufwiesen.⁹ So war jeder interessiert, alles zu vermeiden, was krank machen könnte. Individuell verantwortliches Verhalten wurde belohnt. Natürlich lässt sich auch hier sagen, das sei unsozial, da Krankheiten sich oft nicht vermieden ließen. Aber Siemens hat niemanden geschädigt, sondern diejenigen belohnt, die keinen Arbeitstag versäumt hatten. Ähnlich ist es ja auch in der Kfz-Versicherung, wo diejenigen belohnt werden, die keinen Unfall bauen. Manche Politiker und Gewerkschafter werden auch diesmal sagen, dass es für einzelne Betroffene ungerecht sei. Sie lassen lieber das Sozialsystem gegen die Wand fahren, als eine vermeintliche soziale Ungerechtigkeit zu dulden.

5. Ausbrechen aus der sozialen Unmündigkeit

Was Immanuel Kant vor gut 200 Jahren über die Aufklärung und die Furcht der Menschen schrieb, sich selbst in die geistige Unabhängigkeit zu entlassen, gilt auch heute noch. Doch geht es inzwischen nicht mehr um die Loslösung aus dem Schoß der Kirche und von monarchischer Herrschaft, sondern um die Befreiung aus der Obhut des demokratischen Staates, der uns umarmt, erdrückt und unwissend hält. Das geschieht in der guten Absicht, uns Bürger umfassend gegen die Gefahren in der Welt zu schützen. Und so geraten wir in die soziale Abhängigkeit. Sie ist inzwischen dermaßen gewachsen und die Steuern und Sozialabgaben der Beschäftigten sind entsprechend gestiegen, dass ein Erwerbstätiger drei Stunden arbeiten muss, um ein Produkt zu kaufen, für das er selber bloß eine Stunde gebraucht hat. Das hat uns der unvergessene Tyll Necker vorgerechnet, und es ist seither nicht besser geworden. Ein Teil der Abgaben wird in Form von Sachleistungen, insbesondere in der medizinischen Versorgung, an die Versicherten zurückgegeben. Der einzelne Bürger erfährt gar nicht mehr, wie das System funktioniert und wie teuer es in Wirklichkeit ist.

Vor 200 Jahren war in der gewerblichen Wirtschaft das Deputatsystem üblich: Ein Teil des Lohnes wurde in Sachleistungen ausgezahlt, auch damit am Wochenende nicht der ganze Lohn verjubelt werden konnte. Dieses System wurde abgeschafft, weil es nicht in eine Gesellschaft mündiger Staatsbürger passte. Dass die Staatsbürger heute über einen weit kleineren Teil ihrer Einkommen verfügen können als seinerzeit, gilt dagegen nicht als anstößig, weil ihnen der Staat das Geld wegnimmt. Aber Unmündigkeit bleibt Unmündigkeit, egal wer dafür verantwortlich ist.

Die Aufklärung über gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge hat letztlich das Ziel, die Bürger zu selbstständigem Denken auch in sozialen Verhältnissen zu befähigen und ihnen Mut zu machen, den Weg in die Freiheit zu wagen und die „komfortable Stallfütterung“ (Wilhelm Röpke) zurückzuweisen. Beginnen müssen wir mit der Aufklärung über wirtschaftliche Zusammenhänge an den Schulen. Das Ziel muss nicht ehrgeizig sein. Wenn die Schüler verstanden haben, dass jede soziale Leistung über Verschuldung von ihnen finanziert wird, wenn sie wissen, dass Löhne sowohl Kaufkraft als auch Kosten sind, dass der Arbeitsmarkt ein Markt ist, auf dem Leistungsströme getauscht werden, dass Gewinne Investitionen ermöglichen und damit Arbeitsplätze schaffen, wenn sie das verstanden haben, dann lassen sie sich nicht mehr einlullen und für dumm verkaufen. Diese Aufklärung braucht natürlich Zeit, um erste Wirkungen zu zeitigen.

⁹ Werner von Siemens, Lebenserinnerungen (1889), Finanzbuchverlag, München 2017, S. 286 ff.

Ein anderer entscheidender Schritt ließe sich dagegen rasch machen, wenn die politisch Verantwortlichen nur wollten: Unternehmen zahlen den vollen Lohn einschließlich der Arbeitgeberanteile – die bloß so heißen, damit die Erwerbstätigen nicht merken, dass sie selbst diese Beiträge aufbringen – an ihre Mitarbeiter aus, und diese entrichten selbst ihre Steuern an den Staat und ihre Beiträge an die verschiedenen Sozialversicherungsträger. So sehen sie, wofür ihre Beiträge jeweils verwendet werden. Wenn die Bürger wissen, wie kostspielig das derzeitige System ist, dann beginnen sie, über Alternativen nachzudenken. So würde die Phantasie der Bürger nicht dazu verleitet, möglichst viel für sich auf Kosten anderer herauszuholen und damit die Versicherungen in den Ruin zu treiben. Ihre Phantasie würde dahin gelenkt, möglichst schonend mit den Einlagen umzugehen. So ließen sich Sozialversicherungen mit Formen der Altersvorsorge und der Vermögensbildung koppeln. Die soziale Absicherung von Menschen, die nicht die notwendigen Versicherungsbeiträge aufbringen könnten, würde nach dem Subsidiaritätsprinzip geregelt. Freilich werden die Politiker nicht freiwillig die Kosten des Sozialstaates ausweisen, da sie an Einfluss und Macht verlieren, wenn nicht sie, sondern die Bürger selbst entscheiden, wie die von ihnen aufgebrachten Beiträge verwendet werden sollen. Die verloren gegangene Freiheit müssen die Bürger sich aber selbst zurückholen. Ein erster Schritt dazu wäre, dass sie dazu selbst bereit wären. Wenn dieses Thema die Lufthoheit über den Stammtischen eroberte, dann könnten die Bürger ihre Abgeordneten damit konfrontieren. Wenn diese die Ernsthaftigkeit ihrer Bürger spüren, werden sie das Anliegen in die maßgeblichen Gremien bringen. Kommt es erst einmal so weit, dann nimmt sich auch eine der politischen Parteien dieses Themas an.

Der Sprung aus der Unmündigkeit in die Freiheit fordert natürlich auch persönliche Verantwortung. Mündig sind jene Bürger, die für sich selbst die Verantwortung tragen. Unmündig sind solche, die ihr Leben nicht ohne Vormund bewältigen können. Diese Vormünder warnen ihre Schutzbefohlenen vor den Risiken eines eigenverantwortlichen Lebens. Aber auch das ist nicht neu. Immanuel Kant wusste schon, „dass der bei weitem größte Teil der Menschheit den Schritt zur Mündigkeit, außerdem dass er beschwerlich ist, auch für sich selbst gefährlich halten. Dafür sorgen schon jene Vormünder, die die Oberaufsicht über sie gütigst auf sich genommen haben. Nachdem sie ihr Hausvieh zuerst dumm gemacht haben und sorgfältig verhüteten, dass diese ruhigen Geschöpfe ja keinen Schritt außer dem Gängelwagen, darin sie sie einsperrten, wagen durften: so zeigen sie ihn nachher die Gefahr, die ihnen drohet, wenn sie es wagen.“¹⁰

6. Wir müssen es wollen

Bei Globalisierung und Wettbewerbsfreiheit nimmt der Konkurrenzdruck zu. Produktivitätsfortschritte sind die Folge. Unsere Regierung muss darauf achten, dass nicht Konkurse in unserem Land dazu beitragen, sondern unsere erhöhte Wettbewerbsfähigkeit. Wir sind in der glücklichen Lage, dass wir es selbst in der Hand haben, ob wir erfolgreich sein wollen. Investitionen in Ausbildung und Förderung der Kapitalbildung gehören dazu. Auch muss unsere Regierung das Sozialsystem umsteuern, um die Quellen für soziale Leistungen nicht zu überfordern. Doch scheint unseren Politikern eher daran gelegen zu sein, soziale Lücken aufzuspüren und zu schließen. Es werden in diesem Beitrag unkonventionelle Vorschläge gemacht, wie die Quellen für Sozialleistungen langfristig ergiebig bleiben. Sie laufen im Prinzip darauf hinaus, dass die Versicherten nicht in erster Linie überlegen, wie sie das System ausschöpfen, sondern wie sie von sich aus sparsam mit diesen Quellen umgehen. Dazu gehört, die Bürger über die Kosten des Sozialsystems aufzuklären, damit sie sich aus der sozialen Unmündigkeit befreien können. Das wird nicht rasch gehen, aber beginnen muss man. Sonst läuft unserer alternden

¹⁰ Immanuel Kant, Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? Berlinische Monatsschrift, Bd. 4 (1784), S. 481 ff.

Gesellschaft die Zeit davon. Bestehen Chancen, dass unsere Politiker diese Aufgabe anpacken? Derzeit noch nicht. Sie sind vorrangig damit beschäftigt, die Eurozone mittels Transfers zusammenzuhalten.

Autor: Professor (em) Dr. Dr. h.c. Joachim Starbatty, Eberhard Karls Universität Tübingen

D3-7

Die Selbstverzweigung der FDP durch Christian Lindner

Schlechte Vorzeichen für September 2021

Jörn Kruse

Die FDP hatte bei der Bundestagswahl 2017 10,7 % der Stimmen und ist seither auf 5 bis 7 % in den Umfragen abgesunken, so dass sie um den Wiedereinzug in den Bundestag bangen muss. Der Hauptgrund liegt in der fatalen strategischen Fehlentscheidung von Christian Lindner (und einigen „Randpersonen“ der Partei, die auch nicht widersprochen haben), die Regierungsoption in einer Jamaika-Koalition mit CDU und Grünen auszuschlagen. Dies wiederum basierte einerseits darauf, dass die Alternativlos-Kanzlerin Merkel glaubte, die FDP ohnehin „im Sack zu haben“, so dass sie Zugeständnisse nur gegenüber den Grünen als kleinste Parlamentspartei (8,9 %) machen wollte. Andererseits hat die FDP auch nicht öffentlich und glaubwürdig klargemacht, wo ihre Minimalbedingungen liegen, unterhalb derer sie aus den Verhandlungen aussteigen würde, bevor Lindner seinen überheblichen Satz „Lieber nicht regieren als schlecht regieren“ in die Luft geblasen hat.

Das hat viele Bürger in Deutschland -- insbesondere viele Unternehmer und freiheitlich, rational und/oder marktwirtschaftlich Denkende -- stark enttäuscht, so dass sie sich gefragt haben: „Wozu habe ich die FDP denn gewählt, wozu brauchen wir sie überhaupt noch, wenn sie ihre Einflussmöglichkeiten selbst in die Tonne tritt?“

Die Fehlentscheidung beruhte auf Lindners Ignoranz bezüglich der Tatsache, dass die früher einmal große Relevanz der FDP ausschließlich auf ihrer Rolle als Regierungspartei beruhte.

In den 37 Jahren von 1961 bis 1998 war die FDP an allen Bundesregierungen beteiligt, obwohl sie bei den 10 Bundestagswahlen in dieser Zeitspanne siebenmal nicht einmal 10% erreichte und nur dreimal darüber lag (maximal 12,8% im Jahr 1961, vgl. Abb. 1). Die vergleichsweise kleine FDP hatte damit eine große politische Macht, die weit über ihre Wählerstimmen hinausging.

Zusätzlich waren es bei zwei entscheidenden „Machtwechseln“ -- nämlich 1969, als die Kanzlerschaft von der CDU/CSU zur SPD wechselte, und 1983, als die Kanzlerschaft von der SPD auf die CDU/CSU überging -- im Wesentlichen die diskretionären Koalitionsentscheidungen der FDP-Spitze, die dies bewirkten.

In Parlamentarischen Demokratien kann es bei Mehrparteien-Parlamenten zu einem überproportional großen Einfluss kleiner Parteien kommen, wenn diese gerade als Zünglein an der Waage für die Regierungsmehrheit erforderlich sind. Dadurch entsteht zudem ein Drohpotential, später bei Meinungsunterschieden in einzelnen Punkten die ganze Regierung scheitern zu lassen. Dies ist im Einzelfall von den Zufällen der jeweiligen Parlamentsarithmetik abhängig.

Es ist besonders gravierend, wenn nur eine Partei eine solche Rolle einnehmen kann, weil nur drei Fraktionen im Parlament vorhanden sind. Wenn es zwei oder mehr kleine Parteien gäbe, die genügend Parlamentssitze erreichen, stünden diese grundsätzlich in einem Wettbewerb

untereinander um die Funktion eines Mehrheitsbeschaffers, was deren diskretionäre Macht relativieren würde, so dass sie etwas näher an ihren Stimmenanteilen lägen. Die sehr große Gestaltungsmacht der FDP (und ihr Zugang zu Ministerposten) beruhte in der genannten Zeitspanne überwiegend auf ihrem Monopol für die Rolle des Mehrheitsbeschaffers.

Abb. 1 : FDP-Bundestagswahlergebnisse und Mandate seit 1949

Wahl-Jahr	FDP Wählerstimmen (Zweitstimmen)	Mandate	Größe des Bundes- tages	% der Mandate	Mitglied der Bundes- Regierung
2017	10,7	80	709	11,3	
2013	4,8	0	631	0	
2009	14,6	93	662	14,0	ja
2005	9,8	61	614	9,9	
2002	7,4	47	603	7,8	
1998	6,2	43	669	6,4	
1994	6,9	47	672	7,0	ja
1990	11,0	79	662	11,7	ja
1987	9,1	46	497	9,3	ja
1983	7,0	34	498	6,8	ja
1980	10,6	53	497	10,7	ja
1976	7,9	39	496	7,9	ja
1972	8,4	41	496	8,3	ja
1969	5,8	30	496	6,0	ja
1965	9,5	49	496	9,9	ja ¹¹
1961	12,8	67	499	13,4	ja
1957	7,7	41	497	8,2	
1953	9,5	48	487	9,8	ja ¹²
1949	11,9	52	402	12,9	ja

Das änderte sich schrittweise mit dem Parlamentseinzug der Grünen (1983), der Linken (1998) und der AfD (2017). Allerdings waren alle drei neuen Parteien weniger pragmatisch und stärker ideologisch aufgestellt als die etablierten Parteien. Dies reduzierte den Wettbewerb um die Regierungsteilhabe, da für eine erfolgreiche Koalitionsregierung zwei Bedingungen relevant sind: (1) Eine formale Bedingung ist die Mehrheit der Sitze im Parlament.¹³ (2) Eine inhaltliche

¹¹ Bis 1.12.1966, danach große Koalition

¹² Oktober 1953 bis Oktober 1956

¹³ Dies ist eine harte Bedingung, wenn die beteiligten Fraktionen eine Mehrheit der Parlamentssitze zur Voraussetzung einer Koalition machen. Es wäre nur eine weiche Bedingung, wenn sie auch eine Minderheitsregierung in Betracht ziehen würden

Bedingung ist eine hinreichende Überlappung der Programme der Parteien.¹⁴ Für letztere ist eine gewisse Kompromissbereitschaft der beteiligten Parteien erforderlich, mit der sich ideologisch dominierte Parteien schwerer tun als pragmatische, die tendenziell eher „office seeking“ sind.¹⁵

Bei den Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl 2017 hatte die FDP trotz der Existenz von sechs Fraktionen im Parlament immer noch bedeutsame Vorteile. Die Linke und die AfD galten zu Recht als ideologisch, radikal und populistisch und wurden folglich nicht ernsthaft als Regierungspartei in Betracht gezogen. Die Grünen hatten sich im Laufe von fast vierzig Jahren von einer ideologischen Partei mit starkem fundamentalistischen Flügel in Richtung auf eine stärker pragmatische Partei verändert und außerdem 1998–2005 unter der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder bereits Regierungserfahrungen auf Bundesebene gesammelt.

Die SPD hatte sich umgekehrt von einer pragmatischen, professionellen Partei in Richtung auf eine stärker ideologische, teilweise linkspopulistische Partei gewandelt, die daraufhin wesentliche Teile ihrer ehemals bürgerlichen Wählerklientel verloren hatte. Insofern wäre unter den gegebenen Mehrheitsverhältnissen 2017 eine Jamaika-Koalition von CDU/CSU, FDP und Grünen quasi eine „Bundesregierung der Vernunft“ gewesen.

Selbst wenn Christian Lindner Recht hätte, dass Angela Merkel zu keinerlei Zugeständnissen bereit war (was bezweifelt werden muss), wäre ein Regierungseintritt besser gewesen als die „Flucht vor der Verantwortung“, wie es von vielen gesehen wurde. Die FDP-Kernanliegen wären weit besser gefördert worden als das in der Opposition jemals möglich wäre -- von den Ministerposten mit der damit verbundenen Sichtbarkeit für zukünftige Wahlen ganz zu schweigen.

Ein Koalitionsvertrag ist nämlich, anders als der Name suggeriert, kein Vertrag im Sinne der bürgerlichen Rechtsordnung, da er nicht eingeklagt oder anderweitig sanktioniert werden kann. Es ist lediglich eine Verabredung, bestimmte politische Ziele gemeinsam verfolgen und im Parlament entsprechend abstimmen zu wollen. Dies lässt im Detail jedoch viel Interpretationsspielraum und Handlungsoptionen. Selbst eine offensichtliche Verletzung der Vereinbarungen wird in der Öffentlichkeit (Medien, Wähler) später lediglich als Wahrnehmung des demokratischen Mandats und der parteipolitischen Opportunität gewertet und nicht als unakzeptabler Vertragsbruch. Die Drohung eines Koalitionszerfalls -- wenn das denn überhaupt die Folge sein würde -- wirkt unabhängig davon, wie dezidiert der Koalitionsvertrag eingangs formuliert wurde.

Die Verhandlungsposition war 2017 für die FDP deutlich besser als sie vermutlich nach der Bundestagswahl 2021 sein wird. Da die SPD in den großen Koalitionen mehr inhaltliche Positionen durchgesetzt hat als die CDU/CSU, würde letztere nur im Notfall (2021 ebenso wie 2017) auf die SPD als Mehrheitsbeschaffer zurückgreifen. Aber CDU und Grüne werden am 26. September mit einiger Wahrscheinlichkeit eine gemeinsame Parlamentsmehrheit erlangen

¹⁴ Eine (sehr) harte Bedingung wäre es, wenn jede Partei (bzw. deren Parteibasis) fordert, dass alle ihre Programmpositionen in das gemeinsame Regierungsprogramm übernommen werden. Da dies jedoch meistens unrealistisch ist, drehen sich die Koalitionsverhandlungen um die weichere Bedingung, die wichtigsten Programmpunkte umsetzen zu können, ohne bei anderen wesentlichen Punkten „Kröten schlucken“ zu müssen.

¹⁵ Unter „office seeking“ versteht man das Streben nach politischen Ämtern (z.B. Ministerposten) und der damit verbundenen Macht. Das „policy seeking“ kennzeichnet dagegen das Bestreben, möglichst viele Programmpunkte realisieren zu können. Letzteres wird typischerweise von der Parteibasis stärker präferiert als von den Spitzenfunktionären, die bei einer erfolgreichen Office-seeking-Strategie evtl. den Hauptvorteil in Form von Ministerposten haben. Letzteres hat schon so manche Koalitionsverhandlung zum Erfolg geführt, nicht immer unter dem Beifall der Parteibasis.

und die nächste Regierung bilden, ohne die FDP zu benötigen. Nur wenn sie eine Bundestagsmehrheit verfehlen, käme die FDP wieder ins Spiel, vorausgesetzt, dass sie die 5%-Sperrklausel überwindet. Oder träumt noch jemand von einer Ampel-Koalition?

Die FDP-Idealvorstellung, mit der CDU/CSU eine Zweier-Koalition zu bilden, setzt nicht nur voraus, dass sie vermutlich ca. doppelt so viele Wahlprozent erreichen muss, als die Umfragen ihnen gegenwärtig prognostizieren. Es würde zusätzlich erfordern, dass die CDU/CSU die FDP den Grünen vorzieht, was zur Zeit eher fraglich ist.

Lindners öffentliche Zielformulierung, nach der Wahl an der Regierung beteiligt zu sein, ist jetzt nicht mehr als folgenloses Gejammer über 2017, als er die Chance hatte, ohne sie zu nutzen. Manche Gelegenheiten kommen nie wieder. Schade wäre es schon -- für alle freiheitlich, rational und zukunftsorientiert denkenden Bürger, insbesondere wenn die CDU in einer trägen Weiter-so-Politik hängen bleibt.

D3-8

Diskussion in eigener Sache.

Was ist der Rundbrief und was soll er erreichen?

Detlef Ehlebracht

Der Rundbrief ist ein erster Versuch, mit den aktuell zu Verfügung stehenden Kräften und Mitteln,

- derzeit bekannte politisch Interessierte anzusprechen, die in der momentanen Parteienlandschaft (zunehmend) keine Heimat mehr finden,
- diese zu sammeln/bindern,
- politische Aktivität zu initiieren,
- den Kreis der politisch Interessierten, Aktiven und Gleichgesinnten stetig zu erweitern.

Der Kreis der Angesprochenen umfasst parteilose Mitmenschen aber auch Parteimitglieder, was kein Widerspruch ist, wie die letzten Treffen mit Herrn Kelle belegten, an denen zahlreiche Parteimitglieder verschiedenster Parteien teilnahmen und sich sehr kritisch zu ihrer jeweiligen Partei, wie auch zu dem derzeitigen politischen Handeln im Allgemeinen, äußerten.

Der Rundbrief soll nicht in einem geschlossenen Zirkel für gegenseitige Befruchtung sorgen, der Unterhaltung dienen oder einfach nur konsumiert werden. Andererseits zeigen Erfahrungswerte, dass von hundert Angeschriebenen die Zahl der Rückmeldungen, in Form von Kommentierungen, Gegenreden oder selbstverfassten Artikeln zwischen 10 und 20 % der Teilnehmer liegt. Größere Erwartungen sollten nicht gehegt werden, um zu große Enttäuschungen zu vermeiden. Um diese 10 – 20% zu erreichen, muss der Wurm dem Fisch schmecken, nicht dem Angler. Daher mein Versuch mit folgenden Anmerkungen vielleicht einen Beitrag dazu liefern zu können.

Glücklich ist, der es schafft Politik witzig oder zumindest unterhaltend zu vermitteln. Eine entsprechende Rubrik wäre ein Schritt in die Richtung. Titel z.B. „Neues aus Absurdistan“ oder „Politik oder Realsatire – hätten Sie's gewusst?“ Mein selbst erlebtes Beispiel: Der betriebsbereite Fahrkartenautomat und ein direkt daneben stehender Automat für abgepackte Süßigkeiten, der wegen Corona gesperrt wurde. Dies ein bisschen nett ausgeschmückt, verbunden mit der Frage: „Und wo ist Ihnen Absurdistan begegnet?“

Zweite Rubrik („Heute schon Ihre Meinung gesagt?“), in der die direkte Ansprache und Aufforderung an den Leser erfolgt, z.B. Stellung zu einer provokanten Frage zu nehmen oder Erlebtes mitzuteilen. „Warum wird die FDP bei der kommenden Bundestagswahl die 5%-Hürde nicht schaffen?“. „Die Bundesregierung hat in der vergangenen Bundestagssitzung u.a. beschlossen, dass.... Welche Folgen wird das auf/für...haben?“

Die Taktrate von 2 Wochen (Rundbrief 1. zu 2.) halte ich für zu ambitioniert. Einer pro Monat würde anfangs sicher auch seinen Zweck erfüllen.

Die Modalitäten würde ich erweitern:

1. ... um die Vorgabe hinsichtlich der Anzahl an Wörtern pro Artikel. Dies vermeidet Dissertationen und erhöht die Bereitschaft Artikel auch zu lesen. Vorausschauend vermeidet dies auch Unstimmigkeiten bei zunehmender Akzeptanz und verstärkten Einsendungen von Beiträgen, wobei es unweigerlich Fälle geben wird, wo auf die ungekürzte Veröffentlichung einer fünfseitigen Abhandlung bestanden wird, andernfalls man den Beitrag ganz zurückziehen werde. Von dieser Regelung können bereits an anderer Stelle publizierte Beiträge ausgenommen werden.

2. Unabhängig vom vorherigen Absatz sollten sich die Rundbrief-Herausgeber vorbehalten, Rückmeldungen (auch gekürzt) in einem der nachfolgenden Rundbriefe abzdrukken. Grundsätzlich sollte eine weitere Rubrik („Aktion erzeugt Reaktion“) eingeführt werden, in welcher Leserbriefe/Rückmeldungen veröffentlicht werden.

Sobald es wieder politische Veranstaltungen gibt, gehört eine Rückblende auf diese mit kurzem Fazit und Ausblick ebenfalls veröffentlicht. Eventuell lohnt sich auch eine Terminvorschau mit interessanten politischen Veranstaltungen in Norddeutschland/Bundesgebiet (eigene Veranstaltungen, Körber-Forum, Friedrich-Naumann-Stiftung etc.)

Unabhängig vom Rundbrief, der in jedem Fall beibehalten werden sollte, werden (sobald nach Corona wieder Normalzeit herrscht) Veranstaltungen das erste Mittel der Wahl sein, um politisch Interessierte anzusprechen. Den Bedarf an solchen Veranstaltungen schätze ich sehr hoch ein. Allerdings wäre eine Abwandlung des bisherigen Formats in der Form angebracht, dass bei gleichbleibendem Veranstalter wechselnde Podiumsgäste geladen werden. Das soll Herrn Kelle nicht ausschließen, jedoch es gibt Bedarf an „frischem Blut“.

Bei der Organisation von geeigneten Veranstaltungsorten biete ich an, bei ausreichendem Vorlauf und unter Angabe der Rahmenbedingungen (Termin, Technik, Anzahl Podiumsgäste, Kosten, Anzahl Besucher,...) einen aktiven Beitrag zu leisten.